

Licht und Schatten

Zehn Thesen über investigativen Journalismus

Christoph von Marschall*

» Die investigativen Journalisten sind zumeist auf Informanten angewiesen – sogenannte *Whistleblower*, die ihnen die Mechanismen des Regelbruchs aufzeigen und Unterlagen überlassen. Oft sind langwierige Recherchen nötig. Nicht viele Medien leisten sich diesen Personalaufwand.

Investigations

L'auteur, journaliste, propose, à la lumière des révélations faites sur le travail des services secrets américains (NSA) et publiées en 2013 par l'informaticien Edward Snowden dans la presse en Grande-Bretagne et aux Etats-Unis rejointe 14 mois plus tard par des journaux allemands sur les activités du contre-espionnage allemand (BND), dix thèses sur le travail des journalistes d'investigation.

Réd.



Wo Licht ist, ist auch Schatten! Diese generelle Erfahrung bestätigt sich freilich auch beim Umgang mit der NSA-Affäre in Deutschland. An ihrem Beispiel zeigen sich einige spezielle Ausprägungen des deutschen investigativen Journalismus, die Raum für Verbesserungen bieten. Wünschenswert wäre, **dritte These**, dass mehr deutsche Medien trotz der wirtschaftlichen Krise der Branche investigativen Journalismus betreiben. Die meisten Enthüllungen, die Deutschland aufrüttelten, basierten auf der Arbeit britischer und amerikani-

scher Rechercheure und wurden in deutschen Medien bloß nacherzählt, wenn auch mitunter angereichert durch für Deutschland interessante Aspekte.

Seit Veröffentlichung der ersten Berichte über die sogenannten Snowden-Dokumente Anfang Juni 2013 im britischen *Guardian* und der *Washington Post* hat, **erste These**, keine andere Instanz im selben Ausmaß das gesellschaftliche Bewusstsein für die technischen Möglichkeiten weltweiter Datenüberwachung und die weitreichenden Aufklärungswünsche der Geheimdienste geschärft. Erst investigativer Journalismus übte wirklich Druck auf die Politik aus. Die politischen Gremien, denen in Demokratien eigentlich diese Kontrollfunktion obliegt, also die Parlamente und ihre Geheimdienstausschüsse, können, **zweite These**, jedenfalls weder in den USA noch in Großbritannien noch in Deutschland für sich in Anspruch nehmen, dass sie diese Wächterfunktion effektiv oder wenigstens wirkungsvoller als die Medien ausgeübt haben.

Es wäre günstig, **vierte These**, wenn deutsche Investigativ-Medien die Zielrichtung ihrer Recherche überprüften. Wie die deutschen Redaktionen auf die NSA-Affäre reagierten, fiel international aus dem Rahmen. In Großbritannien und den USA, aber auch in vielen anderen betroffenen Ländern bemühten sich die nationalen Medien vorwiegend darum herauszufinden, auf welche Weise die eigenen Geheimdienste und die eigenen politischen Institutionen durch Mitwissen involviert waren. Im Vergleich dazu richteten sich die deutschen Recherchebemühungen zunächst weniger auf die Aktivitäten des Bundesnachrichtendienstes und anderer deutscher

den

* Christoph Freiherr von Marschall ist diplomatischer Korrespondent der Chefredaktion des *Tagesspiegel*. Sein Beitrag ist die Kurzfassung einer Analyse, die er im Sommer 2014 für den Katalog der Ausstellung im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland geschrieben hat.

Dienste oder die Verwicklung der eigenen Regierung als auf die US-Dienste. So wissen die Deutschen, **fünfte These**, nach einem guten Jahr investigativer NSA-Recherche paradoxerweise mehr über die mutmaßlichen Aktivitäten der Amerikaner als die der eigenen Institutionen. Erst 14 Monate nach Beginn der Snowden-Affäre veröffentlichten die *Süddeutsche* und *Der Spiegel* Mitte August 2014 Hinweise, dass der BND – mutmaßlich mit Wissen der Bundesregierung – Telefonate der US-Außenminister Hillary Clinton und John F. Kerry mitgehört und gespeichert hatte. Und dass der BND den Nato-Partner Türkei systematisch überwacht. Diese Informationen waren freilich nicht das Ergebnis deutscher Investigativ-Recherche, sondern ein Zufallsfund, dem Umstand zu verdanken, dass ein deutscher CIA-Spion aufgeflogen war, in dessen Unterlagen sich diese Hinweise befanden. Erstaunlich ist zudem, dass der deutsche Investigativ-Journalismus keine besonderen Energien darauf richtete, dem Vorgehen chinesischer oder russischer Dienste auf die Schliche zu kommen.

Sechste These: Bürger, die von sich sagen, dass sie sich gut informiert fühlen und insbesondere die Nachrichten zur NSA-Affäre genau verfolgen, äußerten Ansichten über angeblich bewiesene Handlungen des US-Geheimdienstes und über vermeintlich klare Rechtsbrüche, die vor allem belegen, wie viele grundlegende Irrtümer über die Rechercheergebnisse und die Rechtslage in der Öffentlichkeit kursieren. Mitunter wirkte die Tonlage der Berichterstattung, **siebte These**, so, als mische sich ein Gefühl technischer Unterlegenheit mit unterschwelligem Antiamerikanismus: Da war von „digitaler Besatzungsmacht“ und „Daten-Imperialismus“ die Rede. Das führt, **achte These**, zu dem Wunsch, dass die Medien die Absicht und die Wirkung investigativer Recherche abgleichen. Die umfangreiche und emotional aufgeladene Berichterstattung über die Grenzen der Sicherheit privater Daten gab, und das lässt aufhorchen, nicht den Anstoß zu einem veränderten Kommunikationsverhalten der Deutschen.

Offenkundig besteht eine Kluft zwischen den Medien, die ihre Ergebnisse meist in aufgeregtem Ton und einer skandalisierenden Sprache veröffentlichten, und einer Bevölkerung, deren große

Mehrheit an ihrem Verhalten festhält, als gebe es den angeblichen Skandal nicht – oder jedenfalls nicht die behauptete neue Dimension der Massenüberwachung.

Wäre es nicht geboten, **neunte These**, dass sich deutsche Medien und Bürger nicht nur mit den Risiken einer Massenspeicherung persönlicher Daten durch den Staat auseinandersetzen, sondern ebenso ausführlich und kritisch über die Gefahren nachdenken, die sich aus der Sammlung persönlicher Daten bei Privatunternehmen ergeben?

Enthüllungsjournalisten sind keine neutralen Ermittler, sie verhalten sich wie Jäger. Medien erheben ihre „öffentliche Anklage“ nicht erst, wenn eine lückenlose Beweiskette vorliegt, die über jeden Zweifel erhaben ist. Eine offensive Interpretation der vorhandenen, oftmals lückenhaften Erkenntnisse liegt in der Natur des Vorgehens. Da überrascht es nicht, wenn den Journalisten bei der Interpretation Fehler unterlaufen. Bis zu einem gewissen Maße ist das wohl unvermeidbar. Problematisch wird die Angelegenheit allerdings, wenn sich die fehlerhaften Interpretationen weiter in der Öffentlichkeit halten und von vielen Medien wiederholt werden, obwohl die Verursacher ihren Irrtum erkannten und korrigierten. Daraus ergibt sich, **zehnte These**, die Frage, ob deutsche Medien ausreichende Mechanismen für eine breitenwirksame Korrektur von Fehlberichterstattung entwickelt haben? In der angelsächsischen Welt stellen große Zeitungen wie die *New York Times* oder der britische *Guardian* regelmäßig in speziellen *Correction*-Spalten an prominenter Stelle richtig, was ihnen an Irrtümern unterlief. In Deutschland ist der Wille zur Selbstkorrektur unterentwickelt.

Notwendig, richtig und nützlich

Der investigative Umgang mit der NSA-Affäre in Deutschland war in vielerlei Hinsicht notwendig, richtig und nützlich. Enthüllungsjournalismus kann aber noch viel besser werden. Begründeter Einspruch gegen rechtswidriges Verhalten der Dienste wirkt überzeugender und wiegt schwerer, wenn unbegründete Vorwürfe erst gar nicht erhoben werden oder wenn man sie fallen lässt, wenn sie sich als Irrtum herausstellen.